

Protokoll

Über die Konferenzsitzung des Landtages vom 2. Juni 1939

Abwesend Abg. Basil Vogt, an dessen Stelle Abg. Brunhart Heinr.

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Beginn $\frac{1}{2}$ 9 Uhr

Schriftführer Gassner

1. Bekanntgabe der Auslagen für Bangsubventionen.

Präsident gibt an Hand einer Aufstellung der Landeskasse bekannt, dass die Gesamtausgaben für Bangsubventionen Frs. 68,544.25 betragen.

2. Einbürgerung Franz Jakubec in Eschen.

Nach Kenntnisnahme der Gesuchsunterlagen stimmt der Landtag der Weiterleitung des Aufnahmegesuches an die Gemeinde Eschen mehrheitlich zu, da die normalen Taxen bezahlt werden.

3. Errichtung eines neuen Postgebäudes in Mauren.

Präsident gibt das Gesuch der Gemeinde Mauren bekannt. Die Gemeinde habe sich anfänglich bereit gestellt, den Boden zur Verfügung zu stellen. Die Gründe, die dafür sprechen, seien, es soll nicht Familientradition werden. In der Besetzung würde man später unabhängig. Ein Vorteil wäre noch, dass, wenn das Land baut, so werde eine dem Zweck entsprechende Baulichkeit erstellt. In Mauren sei durch den Personalwechsel die Angelegenheit akut. Der Bau werde schätzungsweise auf rund Frs. 70,000 kommen. Die spätere Entwicklung müsse ebenfalls auch ins Auge gefasst werden. In Schaan und Vaduz sei die Rentabilität der Postgebäude gegeben. Anders wäre es hier in Mauren. Möglicherweise könnte das Haus noch einem anderen Zwecke zu dienen kommen. Er sei dafür, dass, wenn es das Land machen könne, solche öffentliche Bauten vom Lande gebaut werden.

Bühler glaubt, dass gemäss der gemachten Erfahrungen das neue Postgebäude nicht so hoch komme. Er schätzt es mit ca. Fr. 50,000. Sie möchten nur ein Postgebäude in bescheidenem Rahmen. Sie seien die grösste Gemeinde des Unterlandes, die Postlokalitäten seien unzulänglich und ein Privater könne es nicht gut machen. Er empfiehlt dem Landtag, darauf einzugehen.

Reg. Chef

Reg. Chef: glaubt, dass es der Landtag verantworten könne. Man sei dann unabhängig in der Personalbesetzung.

Dr. Schädler: gibt der Meinung Ausdruck, dass andere Gemeinden dann nachfolgen werden und dann das Land nicht gut rein sagen könne. Er sehe in solchen neuen Bauvorhaben auch eine Gefährdung aller schon jahrelang schwebender Bauvorhaben, wie das Tunnel und Realschule. Er möchte nicht gegen die Gemeinde Mauren opponieren, aber er befürchte Konsequenzen. Wenn man A sage, müsse man auch B sagen.

Präsident erachtet die Finanzlage des Landes für so, dass das gemacht werden könnte. In gewissen Zeitläufen wäre es auch in anderen Gemeinden möglich, solche Gebäude aus öffentlichen Mitteln zu erstellen. Meistens seien dort noch junge Posthalter und in absehbarer Zeit komme ein ähnliches Ansuchen nicht.

Bühler gibt der Verwundung Ausdruck, dass man der Gemeinde Mauren nicht entgegenkommen wolle. Er stelle sich den Bau eines zweistöckigen Häuschens vor, das nicht so teuer komme. Er sei auch nie gegen das Tunnel gewesen und sei, wenn es komme, ein Befürworter. Aber der bescheidene Wunsch der Maurer soll auch erfüllt werden.

Reg. Chef bemerkt, dass er schon vor längerer Zeit dem Landestechniker den Auftrag gegeben habe, die Strasse bis zum Tunnelingang auszustrecken. Nachdem sich die Verhältnisse konsolidiert hätten, könne man wieder eher daran denken. Er glaube nicht, dass durch den Postgebäudebau in Mauren das Tunnel in den Hintergrund gestellt werde. Wegen der Finanzen könne man mit dem Tunnelbau im Herbst beginnen.

Risch Ferdi verweist auf die dringende Notwendigkeit der Ausnützung des Saminawassers zur Speisung des Lawenawerkes. Das sei ein Hauptgrund für den Tunnelbau und damit lasse er sich auch vor aller Öffentlichkeit begründen. Er erkundigt sich über die Verhandlungen mit Deutschland wegen dem Wasserentzug.

Reg. Chef verweist darauf, dass die Regierung sich auf den Standpunkt gestellt habe, dass wir als Oberlieger mit unserem Wasser anfangen können, was wir wollen. Oesterreich habe gegenüber Deutschland seinerzeit den gleichen Standpunkt eingenommen.

Nach dem deutschen Wasserrecht sei es nun anders. Die Initiative könnten aber nicht wir ergreifen, sondern es werde diese von Feldkirch ausgehen müssen. Es werde vermutlich zu einem Kompromiss kommen.

Dr. Schädler schliesst sich der Auffassung des Abg. Risch an, damit den industriellen Unternehmungen entsprochen werden könne. Neue Bauvorhaben aber sollten eher noch zurückgestellt werden. In Vaduz und Schaan seien die Voraussetzungen ganz andere gewesen. Er habe nichts dagegen, wenn man das mache, aber erst, wenn die dringenden Bauvorhaben erledigt seien.

Kindle glaubt, dass man in Lawena noch etwas machen könnte durch einen Stausee und dass dies zweckmässiger wäre, als ein zweites Werk.

Bühler glaubt, dass durch den Postgebäudebau der Tunnelbau nicht gehindert werde. In Mauren lasse sich die Sache nicht mehr gut zurückstellen. Auf Grund der Einnahmen der letzten Tage aus Briefmarken sollte es das leiden mögen.

Matt spricht sich für einen Neubau durch das Land aus. Die heutigen Verhältnisse seien ungenügend und er hätte sowieso bald gekündigt. Er wäre froh, wenn die Post aus seinem Hause heraukomme.

Präsident hält die Post in Mauren noch steigerungsfähig, wenn der Verkehr von Feldkirch wieder anders würde.

Eug. Schädler ist dafür, dass allmählich die Postgebäude vom Lande erstellt werden. In Mauren müsse nun die Entscheidung fallen. Er empfiehlt den Neubau sehr. Bezügl. des Tunnelbaues glaubt er, dass dieser heute eher verstanden werde, wenn die Kraftausbeutung verbunden werde.

Sele ist für den Postgebäudebau, wenn das andere dadurch nicht zurückgestellt werde. Es werde vielfach nicht verstanden, dass die Wasserkräfte bei uns nicht hinreichend ausgebaut werden.

Eberle rügt die Verhältnisse in Lawena. Es könnte mehr Wasser gewonnen werden, wenn ^{dort/} geordnete Verhältnisse ~~mannt~~ wären. In Triesen sei das Bedürfnis nach einem neuen Postgebäude nicht vorhanden.

Präsident befürchtet keine Konsequenzen für die nächsten Jahre.

Kindle glaubt, dass man die Sache in Lawena überlegen sollte.

Wenn es dort rentabler sich gestalten lasse, müsste man dies aufgreifen.

Präsident glaubt, dass man bei ernsthafter Prüfung der Sachlage in Lawena man von einem weiteren Ausbau abkomme.

Beck bemerkt, dass in Triesenberg die Meinung vorherrsche, dass der Kanalbau nicht vernachlässigt werde, aber es sollte auch allen Ersntes an den Tunnelbau gedacht werden.

Brunhart Luis glaubt, dass der Postgebäudebau nicht so hoch zu stehen komme.

Oehri befürwortet die Ausbeutung des Saminawassers für das Lawenawerk und rügt die heutigen mangelhaften Stromverhältnisse.

Eberle regt die Fortführung des Kanalbaues an, damit Triesen einmal entwässert werde.

Risch spricht sich für den Tunnelbau aus, aber auch das Riet in Schaan sollte jetzt entwässert werden. Das sei links liegen gelassen worden.

Sele fragt an, ob im Notfalle die Stromversorgung aus der Schweiz möglich wäre.

Reg. Chef klärt auf, dass die Zuleitung hohe Kosten verursache, Strom wäre jedenfalls zu haben.

Hasker regt an, dass die Strassenkorrekturen in Gamprin nicht vergessen werden.

Präsident hält es für zweckmässig, eines nach dem anderen zu machen. sonst bleibe alles stecken und bringt den Postgebäudebau in Mauren zur Abstimmung.

Der Landtag ist grundsätzlich mehrheitlich in der Abstimmung dafür, dass das Land das Postgebäude in Mauren erstellt. Die Regierung wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten zu treffen.

4. Bestellung eines zweiten Richters beim Landgerichte.

Reg. Chef n referiert über die Eingabe des Landgerichtes, wonach dasselbe angesichts der Hochverratsaffaire die Arbeit nicht mehr bewältigen könne. Er stellt den Antrag, um dem Uebelstand abzuhelpen, dass ein zweiter Richter in der Person des Dr. Herm. Risch bestellt werde und von der Bestellung eines ausserordentlichen Richters Abstand genommen werde.

Der Landtag ist fast einstimmig der Auffassung, dass wenn möglich einheimische Richter genommen werden sollen und beschliesst einstimmig, dem Landesfürsten die Wahl des Dr. Herm. Risch als zweiten Richter beim Landgerichte vorzuschlagen mit der Massgabe dass Dr. Thurnher als Vorstand des Landgerichtes weiter in seinen Funktionen bleibt.

5. Bestellung eines Ersatzrichters für den Staatsgerichtshof.

Reg. Chef verliest die Eingabe des Staatsgerichtshofes.

Dr. Schädler glaubt, dass überhaupt eine Neubestellung sämtlicher Gerichte platzgreifen sollte.

Reg. Chef verweist auf die bisherigen Schwierigkeiten mit den deutschen Behörden, die Sache werde jedoch betrieben.

Der Landtag stellt eine Ersatzwahl zurück, nachdem die Union zur Sache keine Stellung beziehen konnte und eine Nomination heute nicht möglich sei.

5. Gesuch der Scana A. G. Schaan um Ausfolgung eines Frachtbeitrages oder einer Exportprämie.

Der Landtag ist nach einlässlicher Diskussion der Meinung, dass gemäss dem Antrage des Abg. Dr. Schädler genaue Erhebungen über die Bilanz, die Arbeitslöhne, die Einfuhr von Produkten etc. vorher notwendig sei, bevor dem Gesuche näher getreten werden könne. Allgemein herrschte auch die Meinung vor, dass eine Stattgebung zu unhaltbaren Konsequenzen führen könnte.

Die Regierung wird beauftragt, die nötigen Unterlagen zu beschaffen und dann das Gesuch dem Landtage abermals vorzulegen.

6. Abänderung des Sparkassengesetzes betr. Tilgungspflicht für Darlehen.

Bühler befürwortet das Gesetz, damit grössere Schuldner, die mit der Frankanabwertung oder deren gänzlichen Verschwinden rechnen, zur Amortisation gezwungen werden könne. Die Sparkasse habe nicht die Absicht, kleinere Schuldner, oder solche, denen es finanziell nicht möglich sei, zur Amortisation zu zwingen. Er rügt auch die Geldabwanderung für Versicherungen.

Dr. Schädler erklärt sich bei dieser Auffassung des Verwaltungsrates mit der Vorlage einverstanden, wenn es nur auf solche Speku-

lationen angewandt würde

lanten Anwendung finden würde.

Oehri hält den Text der Vorlage für nicht genügend, da dann jeder zur Tilgung seiner Darlehen gezwungen werden könnte.

Brunhert ist der Meinung, dass man solche, die es leisten können, sollte zwingen können.

Präsident Das Gesetz sehe keinen Zwang, sondern nur ein Können vor. Auf eine gesunde Geschäftsgebarung der Sparkasse müsse auch Rücksicht genommen werden.

Reg. Chef Hält das Gesetz für annehmbar und er habe keine Bedenken.

Der Landtag beschliesst sodann, auf die Gesetzesvorlage einzutreten und die heutige Lesung als erste gelten zu lassen. Das Gesetz soll aber in der öffentlichen Sitzung zur Behandlung gelangen, damit die Öffentlichkeit hiervon Kenntnis erhalte.

Präsident kommt dann noch auf die grossen Versicherungsrückstände beim Viehversicherungsverein zur Sprache, da solche Gesuche bei der Regierung vorliegen. Er empfiehlt hier einen strafferen Einzug, da sonst die Versicherungsmoral leide.

Risch bemerkt, dass diese Rückstände immer bei den Versammlungen gerügt werden. Andererseits können sie nicht zu rigoros vorgehen und noch Kosten verursachen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.